



MEIN BRIEF AUS BERLIN

MICHAEL GROSSE-BRÖMER

Ausgabe 28
18. Wahlperiode
27. Februar 2015

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Europäische Union ist mehr als nur Finanzkrise und Rettungsschirm. Das müssen auch die Griechen endlich verstehen. In Europa geht es um seriöse Politik, um Solidarität, um Zusammenhalt und um Professionalität der Repräsentanten aller europäischen Völker. Die neue griechische Regierung hat das nicht unbedingt unter Beweis gestellt.

Populismus darf die europäische Werteordnung deshalb nicht unterwandern. Wer nehmen will, der muss auch geben.

Herzlichst Ihr

DIE GRIECHISCHE REGIERUNG MUSS ENDLICH AUFHÖREN ZU TRÄUMEN!

Diese Woche hat der Bundestag in namentlicher Abstimmung einer Verlängerung der Griechenland-Hilfen zugestimmt. Hilfen, die Teil eines schon lange beschlossen Programms sind und finanzielle Hilfen verlängert, die schon im Vorfeld bewilligt wurden. Die neue griechische Regierung hat in den letzten Wochen ein bisher unsehenswertes und ungeahntes Maß an Unprofessionalität und Arroganz an den Tag gelegt. Während andere krisengetriebene Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) konsequent Reformen umsetzen, dümpelt das griechische Kabinett zum Nachteil des eigenen Volkes und aller Europäer mit populistischen Forderungen ergebnislos vor sich hin. Irland und Portugal zeigen, dass ein konsequenter Sparkurs eine

Rückzahlung von Schulden in absehbarer Zeit ohne Zetern und Meckern möglich macht. Bei Herrn Tsipras und Co. müssen wir feststellen, dass außer große Sprüche bisher nichts stattgefunden hat. Im Übrigen eine Regierung, die dazu noch mit Rechtsradikalen und Antisemiten koalitiert. Das Rendezvous mit der Wirklichkeit ist für diese Regierung eine Resozialisierung mit europäischen Werten: multilaterale Abkommen müssen von allen Seiten eingehalten werden, Rahmenbedingungen für alle Parteien gleich sein und Hausaufgaben gemacht werden. Die griechische Regierung, versinnbildlicht von Ministerpräsident Tsipras und Finanzminister Varoufakis, hat sich bis heute verhalten wie ein Elefant im Porzellanladen. Sie lassen keine Ge-

legenheit aus, um sämtliche Bemühungen und Zugeständnisse der deutschen Politik zu brüskieren. Doch davon haben wir uns bis heute nicht beeindrucken lassen. Vielmehr sind die Griechen letztendlich eingeknickt. Das haben wir vor allem der knallharten und unbeirrbareren Verhandlungsführung unseres Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble zu verdanken. Tsipras & Co. müssen jetzt schnellstmöglich notwendige Auflagen erfüllen, um den Schaden möglichst gering zu halten. Die gegenwärtige griechische Regierung ist eine Bedrohung für die europäische Ordnung. Wir als Union stehen weiterhin für Verlässlichkeit, Solidarität und Berechenbarkeit in Europa.

DIE MAUT BEKOMMT DEN FEINSCHLIFF

Diese Woche haben sich die Abgeordneten im Bundestag mit den Gesetzesänderungen zur Einführung der Infrastrukturabgabe, auch bekannt als PKW-Maut, beschäftigt. In erster Lesung wurde dabei über die gesetzliche Grundlage der Abgabe selbst, Änderungen der bisherigen Kraftfahrzeugbesteuerung und über die Erweiterung des LKW-

Mautnetzes beraten. Mit diesen Maßnahmen wollen wir die Nutzungsgerechtigkeit auf deutschen Bundesautobahnen herstellen. Denn bisher kamen im Rahmen der Kfz-Steuer lediglich die Deutschen selbst für die Nutzung und Instandhaltung auf. In Zukunft sollen nun auch Ausländer ein Entgelt für die Benutzung deutscher Auto-

bahnen entrichten. Um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden, werden wir die inländischen Bürger bei der Kfz-Steuer entlasten und die Infrastrukturabgabe für alle Nutzer geltend machen. Derzeitige Schätzungen beurteilen den Gewinn aus der Maut auf ca. 500 Millionen Euro, die zur Instandhaltung der Infrastruktur genutzt werden sollen.

NACHHALTIGE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Deutschland setzt bei der Kooperation mit weniger entwickelten Staaten auf eine umfangreiche entwicklungs- und politikpolitische Zusammenarbeit. In den letzten beiden Jahren hat die Bundesrepublik ca. 27,1 Milliarden US-Dollar in diesem Politikfeld gezielt investieren können. Im internationalen Vergleich belegen wir somit hinter den Vereinigten Staaten von Amerika (USA; ca. 61 Milliarden US-Dollar) und Großbritannien (ca.

30,2 Milliarden US-Dollar) den dritten Platz. Gefördert werden dabei staatlichen Institutionen und internationale Organisationen in weniger entwickelten Staaten mit finanzieller, technischer und personeller Unterstützung. Hierbei fördert Deutschland insbesondere die Armutsbekämpfung, Demokratie-, Menschenrechts- und Umweltschutzmaßnahmen. Diese Woche hat sich der Bundestag mit der Nach-

haltigkeit der deutschen Entwicklungspolitik beschäftigt. Dabei wurde über mögliche Änderungen der 2001 beschlossenen universellen Nachhaltigkeitsziele debattiert. Somit reagieren wir bereits im Vorfeld auf die angekündigten Neuerungen der globalen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, die im Sommer 2015 festgelegt werden.

TERMINAUSWAHL

27.02.2015

Mitgliederversammlung der CDU Rosengarten;
Rosengarten

04.03.2015

Gesprächsrunde mit Praktikanten der Fraktion;
Berlin

06.03.2015

Vorstandssitzung der Konrad-Adenauer-Stiftung;
Berlin

Diese Woche habe ich mich gemeinsam mit den Mitgliedern des CDU-Präsidiums im Konrad-Adenauer-Haus mit den Spitzenvertretern der deutschen Wirtschaft getroffen. Darunter waren Vertreter des Deutschen Industrie und Handelskammertags, des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V., der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und des Zentralverbands des Deutschen Handwerks.

MGB TRIFFT...

